

Jugend - Politik - Geschichte

Hinweise aus einem europäischen Vergleich

Prof. Dr. Bodo von Borries, geb. 1949 in Berlin, Studium der Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften in Tübingen und Bonn; lehrt Erziehungswissenschaften an der Universität Hamburg.

Ist die deutsche Jugend unpolitisch oder gar undemokratisch? Ist sie mitbestimmungsunwillig und/oder nur parteiverdrossen? Denken Heranwachsende in Deutschland latent bzw. offen rechtsextremistisch? Oder verfälschen winzige, aber lautstarke Minderheiten in unzulässiger Weise die öffentliche Wahrnehmung? Werden die Kinder der (besonders türkischen) Arbeitsmigranten neuerdings zu politischen und religiösen Fundamentalisten? Geben sie - als Reaktion auf Benachteiligungen - ihre Integrationsbemühungen auf? An solchen Kontroversen mangelt es nicht; über sie läßt sich trefflich streiten, solange man weder einigermaßen zuverlässige Daten noch einen überzeugenden gemeinsamen Urteilsmaßstab hat.

In beiden Punkten (Daten und Bewertungskriterien) verspricht eine neue internationale Vergleichsstudie¹ zwar keine radikale Abhilfe, aber einen deutlichen Zuwachs an Informationen. Einerseits wurde Ende 1994 eine weit-

¹ Angvik, Magne and Borries, Bodo v. (Eds.): YOUTH and HISTORY. A Comparative European Survey on Historical Consciousness and Political Attitudes among Adolescents. Volume A: Description, Volume B: Documentation (containing the Database on CD-ROM), Hamburg (edition Körber-Stiftung) 1997 und Becher, Ursula A. J./Borries, Bodo v. u. a.: Jugend - Politik - Geschichte. Ergebnisse des europäischen Kulturvergleichs „YOUTH and HISTORY“, Hamburg (edition Körber-Stiftung) 1997.

gehend für ganz Deutschland repräsentative Gruppe² von Schülerinnen und Schülern der 9. Klassenstufen (meist 15 Jahre alt) ausführlich befragt (N = 2.103), so daß verlässliche Angaben vorliegen. Andererseits können die gefundenen Mittelwerte mit entsprechenden Stichproben vieler anderer europäischer Nachbar- und Kontrastländer (27 Länder, 30 Samples) verglichen werden, so daß zumindest die statistische „Normalität“ der deutschen Befragten geprüft werden kann - wenn daraus auch kein Schluß auf verallgemeinerungsfähige Normen - im Sinne „natürlicher“ oder „moralisch richtiger“ Antworten - folgen kann.

Angeichts der Länge des Fragebogens (fast 300 Items) und der Fülle der Ergebnisse können hier nur schmale Ausschnitte, z. B. unter Ausklammerung aller Informationen über Fachmotivation und -Unterricht, vorgestellt werden.³ Zur Vermeidung einer willkürlichen Selektion muß ein theoriegeleiteter Zugriff gefunden werden. Auswahlkriterium sind daher die eingangs erwähnten öffentlichen Debatten um angeblich nachweisbare Erscheinungen von wachsender Politikentfremdung, steigendem Rechtsradikalismus und zunehmendem Fundamentalismus, d. h. es wird versucht, zu nüchterner Klärung von wissenschaftlich und publizistisch umstrittenen Sachverhalten beizutragen.

Demokratische Grundüberzeugung?

Die etwa fünfzehnjährigen Jugendlichen wurden gebeten, 15 Institutionen bzw. Bereiche nach ihrer Wichtigkeit einzuschätzen.⁴ Dabei kamen allgemein die Nahbereiche „Familie“ ($M_{\text{Gesamt}} = 4.68$), „Freunde“, „Hobbies“ an die Spitze. Auch politische Ziele wie „Frieden um jeden Preis“ ($M_{\text{Gesamt}} = 4.20$), „Umweltschutz“, „Solidarität mit armen Leuten“ und mit „armen Ländern“ erreichten einen sehr hohen Stellenwert, noch vor „ethnischer Gruppe“ und „eigenem Land“ ($M_{\text{Gesamt}} = 3.84$). Eine solche Abstufung vom „privaten Umfeld“ über eine „universalistische Orientierung“ zu „ethnozentrischer Gruppenidentifikation“ ist erwartungskonform.

Jugendliche (mehr noch als Erwachsene) leben eben in erster Linie in ihrer direkten Umgebung; es spricht für die Ehrlichkeit der Angaben, daß sich diese Tatsache in den geäußerten Wertungen offen abbildet. Erfreulich ist

2 Um die „Ex-DDR“ zuverlässig mit SPD-Hochburgen und CDU/CSU-Hochburgen vergleichen zu können, wurde das Gesamtsample aus drei gleich großen zufällig gezogenen Teilstichproben zusammengesetzt: 1. fünf einhalb neue Bundesländer, 2. Nordrhein-Westfalen, 3. Bayern und Baden-Württemberg. Im Hinblick auf volle Repräsentativität für die Bundesrepublik bedeutet das ein gewisses Oversampling des Ostens (ein Drittel statt ein Fünftel) und die plausible Annahme, die drei größten westdeutschen Bundesländer seien auch für die Verhältnisse in den kleineren typisch.

3 Im folgenden wird fast ausschließlich auf der Ebene einzelner Fragen des Fragebogens argumentiert. Die Publikation (Angvik/v. Borries 1997, vgl. Anm. 1) enthält selbstverständlich auch Konstruktbildung und Argumentation mit Konstrukten.

4 Wie bei nahezu allen Fragen waren Einordnungen auf fünfstufigen Skalen von „sehr unwichtig“ (1) und „unwichtig“ (2) über „weder - noch“ (3) bis „wichtig“ (4) und „sehr wichtig“ (5) vorzunehmen. Für die weitere Verarbeitung ist dies eine sehr bequeme Frageform. Mittelwerte (M), d. h. Durchschnitte aller Befragten in einer Stichprobe oder Teilstichprobe, unter 3.0 bedeuten also tendenzielle bzw. heftige Ablehnung, Mittelwerte über 3.0 zurückhaltende oder lebhaftige Zustimmung.

zudem das (relative) Zurücktreten des Nationalismus/Chauvinismus gegenüber menschheitlichen Zielen. Freilich gilt dies nicht in allen Nationen gleichermaßen: In einzelnen Gruppen (bei jungen Türken und Palästinensern) ist die Wertschätzung der Eigengruppe höher als die der universalen Werte,⁵ bei jungen Griechen, israelischen Arabern und tendenziell auch Polen fällt sie fast ebenso hoch aus.

Die deutschen Jugendlichen bewerten den „privaten Bereich“ ganz besonders hoch und zeigen auch die zweithöchsten Werte für „Geld und Wohlstand für mich selbst“ ($M_{Dtl} = 4.03$, $M_{Gesamt} = 3.56$). Bei den solidarischen Werten sind sie ebenfalls merklich überdurchschnittlich; die ethnozentrischen Identifikationen dagegen sind - wenn man dieser Messung trauen darf - eher etwas unterdurchschnittlich ausgeprägt. Dieses Bild ist klar strukturiert und macht durchaus Sinn: Im Vergleich zu ganz Europa sind deutsche Jugendliche demnach eher materialistisch und privatistisch, aber auch universalistisch und solidarisch, dagegen weniger nationalistisch und traditionalistisch. Diese Züge sind für stark „modernisierte“ und „säkularisierte“ Gesellschaften typisch.

Besonderes Interesse verdient die Bedeutung, die die Jugendlichen der „Demokratie“ zuschreiben. Diese erhält insgesamt nur einen höchst mittelmäßigen Rang ($M_{Gesamt} = 3.46$), wenn auch in Deutschland deutlich über dem internationalen Durchschnitt ($M_{Dtl} = 3.69$). Der niedrige Stellenwert ist zweifellos enttäuschend; eine Reihe von „Reformstaaten“ Ost- und Ostmitteleuropas (Rußland, Ukraine, Estland, Slowenien) zeigen besonders niedrige Werte, ebenso aber auch manche „alte“ und „vorbildliche“ Demokratien Westeuropas (England und Wales, Schottland, Dänemark und Finnland). Möglicherweise gibt es also verschiedene Motive für diese Zurückstufung - z. B. neben tiefer Skepsis und Krisenerfahrung im Osten auch selbstverständliches Vertrauen und Sicherheitsgefühl im Westen.

Werden die Jugendlichen auf ein einzelnes demokratisches Grundrecht (hier „Meinungsfreiheit für alle“) angesprochen, so schätzen sie dessen Bedeutung weit höher ein als die der „Demokratie“ selbst ($M_{Gesamt} = 4.27$), etwa ebenso hoch wie andere universalistisch-solidarische Werte; die deutschen Befragten liegen wiederum über dem Durchschnitt ($M_{Dtl} = 4.60$). Es kann also keine Rede von wirklicher Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie (oder gar von ihrer Ablehnung) sein. Nur sind die Jugendlichen mehr für „demokratische Freiheit“ als einen sicheren Besitz und ein selbstverständliches Konsumgut eingenommen als für „freiheitliche Demokratie“ als Partizipationschance und Gestaltungsaufgabe.

Diese Interpretation kann man aufgrund mehrerer Parallelbefunde recht sicher beweisen. So erwarten die Jugendlichen Europas für ihr eigenes künftiges Leben in 40 Jahren weit mehr „persönliche politische Freiheit“

⁵ In beiden Teilstichproben werden die eigenen Wir-Gruppen (Kollektive) ausnahmsweise auch etwa ebenso wichtig genommen wie das Privatleben.

($M_{\text{Gesamt}} = 3.61$, also positiv) als „Teilnahme an politischer Arbeit“ ($M_{\text{Gesamt}} = 2.28$, also negativ), wobei die Deutschen jeweils ganz nah am europäischen Durchschnitt bleiben. In gleicher Weise gibt es ein ausgesprochen geringes „Interesse an Politik“ ($M_{\text{Gesamt}} = 2.52$, negativ), aber eine deutliche Befürwortung von Geschichte als „Erklärung heutiger Probleme“ ($M_{\text{Gesamt}} = 3.60$, positiv). Die „Entwicklung der Demokratie“ ($M_{\text{Gesamt}} = 2.80$, negativ) langweilt nach eigenen Aussagen die Jugendlichen, während die „Geschichte der eigenen Familie“ ($M_{\text{Gesamt}} = 4.02$, positiv) und die „Auswirkungen von Menschen auf ihre Umwelt“ ($M_{\text{Gesamt}} = 3.40$, positiv) als Geschichtsthemen deutlich akzeptiert sind.

Was sich in solchen Befunden andeutet, wird auch durch direkte Fragen nach dem Begriff Demokratie erhärtet. Alle positiven, d. h. legitimatorischen, Aussagen werden (wenn auch schwach) bejaht, alle negativen, d. h. demokratiekritischen, Statements zurückgewiesen, allerdings nicht sehr lebhaft. Am meisten Zustimmung findet die Lincoln-Definition „Regierung *über* das Volk, *für* das Volk, *durch* das Volk“ ($M_{\text{Gesamt}} = 3.69$), am wenigsten die Charakterisierung als „Schönwettersystem“ einer „schwachen Regierung“ und „für Krisenzeiten nicht tauglich“ ($M_{\text{Gesamt}} = 2.65$); die deutschen Befragten sind in beiden Fällen etwas zurückhaltender.

Schon der geringe quantitative Abstand der beiden Extremdefinitionen zeigt, daß die Jugendlichen in dieser Frage nicht sehr „entschlossen“ und „leidenschaftlich“ sind; je nach Frage kreuzen bis zu 45 Prozent „bin unentschieden“ (3) an, was einem „weiß nicht“ nahekommt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit können ziemlich vage und unklare Vorstellungen von „Demokratie“ gefolgert werden; fraglich ist nur, ob die Befunde bei älteren Schüler(inne)n und Erwachsenen wesentlich günstiger, d. h. strukturierter und problembewußter, ausfallen würden.

Das Fazit muß also lauten: Die deutschen Jugendlichen sind prinzipiell gemäßigt pro-demokratisch, aber weder klar informiert noch ernsthaft mitbestimmungsbereit. Sie stehen mit dieser Politikentfremdung zwar im europäischen Vergleich - vor allem angesichts westlicher Nachbarstaaten - nicht besonders schlecht da, überschreiten aber kaum eine eher apathische Konsumhaltung und dürften auf - durchaus wahrscheinliche - Krisenzeiten nicht recht vorbereitet sein. Als Pädagoge kann man nicht zufrieden sein und wird nach den gezeigten Befunden auch die Interpretation, nicht die Jugend sei politikfern, sondern die Politik jugendfern,⁶ nur für eine halbe (wenn auch wichtige und originelle) Wahrheit halten.

Rechtsextremistische Tendenzen?

Würde man unmittelbar nach rechtsextremen Meinungen und Einstellungen fragen, dann drohten „sozial erwünschte Antworten“ das Ergebnis in besonderem Maße zu verfälschen. Deshalb wurde in YOUTH and HISTORY

⁶ Vgl. Jugend '97: Zukunftsperspektiven. Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen, hrsg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell, Opladen (Leske) 1997.

versucht, sich mehr indirekt an entsprechende Denkmuster heranzutasten. So wurden die Jugendlichen u. a. nach Ihrem Bild von Adolf Hitler gefragt.⁷ Es überrascht nicht, daß der deutsche Diktator allgemein als „geisteskranker, asozialer Verbrecher“ ($M_{\text{Gesamt}} = 3.76$) und kaum als „begabter Redner, Organisator und Führer“ ($M_{\text{Gesamt}} = 3.19$) eingeschätzt wird.⁸

Freilich treten dabei bemerkenswerte nationale Unterschiede auf. Bei einzelnen (ehemaligen) „Freunden“ Nazi-Deutschlands (Bulgarien, Palästina, israelische Araber, dazu Ungarn), aber auch bei einigen ehemaligen Opfern (Litauen, Rußland, Ukraine) liegen die Werte für „begabter Führer“ deutlich höher als die für „geisteskranker Verbrecher“. Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe von ehemaligen Gegnern bzw. Opfern des NS, die die (unbe-zweifelbare) negative Seite Hitlers wenigstens um (knapp) einen Skalenpunkt stärker betonen als die (angebliche) positive (so die Befragten in Dänemark, Polen, Griechenland, Israel, Spanien, Italien, Belgien, Schottland und Frankreich); dasselbe gilt aber auch für einige damals Neutrale (z. B. Türkei, Spanien und Schweden).

Die deutschen Jugendlichen gehören nicht zu den beiden beschriebenen Extremgruppen; sie bemerken den verbrecherischen Wahnsinn knapp durchschnittlich ($M_{\text{Dtl}} = 3.67$) und die angebliche herausragende Begabung merklich unterdurchschnittlich ($M_{\text{Dtl}} = 2.81$). Sehr bezeichnend sind allerdings die großen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die parallel zu denen zwischen Ost- und Westeuropa verlaufen. Westdeutsche Jugendliche betonen den „geisteskranken Verbrecher“ stärker ($M_{\text{Westdtl}} = 3.92$), ostdeutsche weniger ($M_{\text{Ostdtl}} = 3.15$) als der europäische Durchschnitt ($M_{\text{Gesamt}} = 3.76$). Beim „begabten Führer“ ist es - bei größerer Zurückhaltung im Westen ($M_{\text{Westdtl}} = 2.63$) als im Osten ($M_{\text{Ostdtl}} = 3.18$) - genau umgekehrt ($M_{\text{Gesamt}} = 3.19$).

Anders als noch 1992⁹ scheint sich - einige Jahre nach dem Zusammenbruch des offiziellen „Anti-Faschismus“ - mit einiger Verspätung ein gewisser Trend zur Verharmlosung des NS unter Jugendlichen der Ex-DDR breit zu machen. In Ostdeutschland (und in Osteuropa) dürfte - jedenfalls streckenweise - die Faszination Hitlers den Schrecken zu überwiegen beginnen. Das ist ein wenig erfreulicher Trend, der sich aber mit sensiblen Berichten über verbreitete dumpfe Ressentiments im östlichen Europa deckt und durch die offenen Erklärungen des Präsidenten von Weißrußland, Lukaschenko, über Hitlers Vorbildlichkeit bestätigt wird.

7 Aus deutscher Sicht wäre eine Erkundung der Vorstellungen zum NS (also zum System statt zur Person) vorzuziehen gewesen. In vielen Ländern hielt man diese Aufgabe aber für zu schwierig; die Person Adolf Hitlers sei besser bekannt und leichter zu beurteilen.

8 Bei anderen Assoziationen zu Hitler sind die Abstände zwischen der Zustimmung zu verurteilenden und der Ablehnung von legitimatorischen Statements noch deutlich größer.

9 Borries, Bodo v. (unter Mitarbeit von Weidemann, Sigrid/Baeck, Oliver/Grzeskowiak, Sylwia und Körber, Andreas): Das Geschichtsbewußtsein Jugendlicher. Erste repräsentative Untersuchung über Vergangenheitsdeutungen, Gegenwartswahrnehmungen und Zukunftserwartungen in Ost- und Westdeutschland, Weinheim/München (Juventa) 1995 (= Jugendforschung).

Noch eindeutiger zeichnet sich die Abhängigkeit der Hitlerbilder von der Parteipräferenz ab.¹⁰ Die potentiellen Wähler von DVU und Reps (meist Jungen) erkennen nicht an, daß Hitler ein „geisteskranker und asozialer Verbrecher“ gewesen sei ($M_{\text{Rep/DVU}} = 1.99$), und bleiben damit um fast zwei Punkte unter dem Durchschnitt aller befragten Jugendlichen ($M_{\text{Dtl}} = 3.67$). Dafür aber sehen sie — anders als die Gesamtheit der deutschen Neuntkläßler ($M_{\text{Dtl}} = 2.81$) - den Diktator als „begabten Redner, Organisator und Führer“ an ($M_{\text{Rep/DVU}} = 4.10$). Die geschlechtsspezifischen Effekte weisen - wenn auch schwächer — in die gleiche Richtung.

Ein zweites Indiz für Rechtsextremismus läßt sich aus der Bereitschaft ableiten, für die Wiedergewinnung eines verlorenen nationalen Territoriums militärische Gewalt anzudrohen oder einzusetzen. Als Kontrast dazu soll der Wunsch erwähnt werden, das gleiche Ziel durch Beschluß einer internationalen Konferenz bzw. aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung zu erreichen. Zunächst ist festzustellen, daß die Jugendlichen große Schwierigkeiten haben, sich in einen solchen hypothetischen Fall von „Gebietsanspruch“ - einen Streit um „Neuland“ zwischen den Ländern A und B - hineinzudenken. Sie sind damit tendenziell intellektuell überfordert (es gibt z. B. jeweils etwa ein Drittel „Unentschiedene“), obwohl entsprechende historische Konflikte fast überall in Europa vorliegen bzw. vorgelegen haben (und etwas ältere Jugendliche mit den Berichten darüber unter Umständen in Kriege gehetzt werden).

Die militärische Gewalt als „Argument“ wird denn auch unter den Fünfzehnjährigen nicht rundheraus abgelehnt, sondern nur neutral eingeschätzt ($M_{\text{Gesamt}} = 2.93$), während „Selbstbestimmungsrecht“ ($M_{\text{Gesamt}} = 3.66$) und „Friedenskonferenz“ ($M_{\text{Gesamt}} = 3.59$) deutlich - aber nicht gerade enthusiastisch - bevorzugt werden. Bei den deutschen Jugendlichen sind alle drei Argumentationsstrategien - wie auch die übrigen Begründungen für eine Rückgabe von „Neuland“ - nur leicht unterdurchschnittlich vertreten; das kann man vielleicht so verstehen, daß insgesamt die Logik und Leidenschaft des Zurückforderns verlorener Gebiete für den eigenen Nationalstaat („Irredenta“) nur schwächer ausgeprägt ist, d. h. weniger anerkannt wird als in anderen europäischen Ländern.

Nennenswerte regionale Effekte innerhalb Deutschlands treten nicht auf, wohl aber die (erwartete) geschlechtsspezifische Differenz von gewaltbereiteren Jungen ($M_{\text{Junc+enDtl}} = 2.87$) und gewaltskeptischeren Mädchen ($M_{\text{Mädchenou}} = 2.59$).¹¹ Weit dramatischer sind die Unterschiede der Parteipräferenz: Die Minderheit der Sympathisanten von Republikanern und DVU ($M_{\text{Rep/DVU}} = 3.50$) hebt sich vom gesamten Rest kraß ab ($M_{\text{Dtl}} = 2.73$). Offenbar gibt es da wirklich eine rechtsextreme Subkultur.

10 Leider lassen sich dazu nur für Deutschland Angaben machen, da eine Frage nach eventuellem Wahlverhalten - angesichts völlig verschiedenen Aufbaus der Parteilandschaften in den Teilnehmerländern - international gestrichen und nur im nationalen Anhang zum deutschen Fragebogen durch eine fallspezifische Version ersetzt wurde.

11 In ganz Europa liegen die Verhältnisse ähnlich ($M_{\text{Jungen Gesamt}} = 3.08$, $M_{\text{Mädchen Gesamt}} = 2.79$).

Ein dritter Indikator für die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft kann darin gesehen werden, ob man willens ist, allen Einwanderern (oder wenigstens den sprachlich und kulturell assimilierten Einwanderern) Wahlrecht und Bürgerrecht zu geben. Insgesamt besteht in Europa nicht die Neigung (und in Deutschland sogar noch weniger), allen Migranten die staatsbürgerliche Gleichstellung zu gewähren ($M_{\text{Gesamt}} = 2.59$, also negativ). Erheblich günstiger fällt das Urteil über die angepaßten (ähnlich über die „loyalen“ und „legalen“) Zuwanderer aus ($M_{\text{Gesamt}} = 3.54$, also positiv), wobei die deutschen Befragten erneut leicht unter dem Durchschnitt bleiben.

Wahrscheinlich sind die deutschen Eigenheiten dadurch zu erklären, daß Deutschland -jedenfalls zum Befragungszeitpunkt Ende 1994 - unter einem besonderen Zuwanderungsdruck stand, während z. B. in Island die Bereitschaft zur unbedingten („alle“) oder bedingten (die „Assimilierten“) Integration der (in Island allerdings nicht vorhandenen!) Einwanderer weit überdurchschnittlich ausfällt. Erwarteterweise treten Mädchen (in Deutschland wie in Europa) merklich entschiedener für Bürgerrechte aller bzw. der assimilierten Immigranten ein. Zwischen den Anhängern rechtsextremer Parteien (Rep/DVU) und dem gesamten Rest allerdings klafft ein noch viel größerer Abstand (knapp ein Skalenpunkt).

Auch wenn diese Messungen von Rechtsextremismus nicht perfekt zuverlässig und gültig sind, gibt es keinerlei Anlaß, deutsche Jugendliche für chauvinistischer und gewaltbereiter zu halten als die Altersgenossen (und -genossinnen) in anderen europäischen Ländern. Wie auch immer die Maßstäbe gewählt werden: Die deutschen Befragten sind unterdurchschnittlich rechtsextrem oder auch nur autoritär. Die aus anderen Studien bekannten geschlechtsspezifischen Unterschiede werden repliziert. Eine kleine rechts-extreme, offen fremdenfeindliche und tendenziell gewaltbereite Minderheit (7 Prozent) kann ziemlich zuverlässig über die Parteipräferenz (Anhänger von Reps und DVU) ermittelt werden. Sie ist in Ostdeutschland merklich größer (10,6 Prozent) als in Süddeutschland (6,9 Prozent) oder gar in Nordrhein-Westfalen (3,4 Prozent). Freilich ist das eine Momentaufnahme von Ende 1994, also vor drei Jahren, und mag sich mittlerweile wieder verschlechtert haben.

Von Ende 1992 bis Ende 1994 ist die Quote der Rep- und DVU-Sympathisanten unter den befragten Neuntkläßlern deutlich zurückgegangen.¹² Freilich ist gleichzeitig die Lebhaftigkeit negativer Assoziationen gegenüber dem Nationalsozialismus geschrumpft; auch in diesem Falle erweist sich die ostdeutsche Jugend als besonders anfällig. Die beiden deutschen Teilstaaten (1949-1989) werden nach wie vor im Osten und Westen verschieden eingeschätzt; die Befragten jeder Seite ziehen tendenziell „ihre eigene“ Geschichte

¹² Ende 1992: Osten 13.3 Prozent, Süden 13.0 Prozent, NRW 9.1 Prozent (vgl. v. Bornes u. a. 1995, siehe Anm. 9). Trotz des Rückgangs auch der Anteile für „andere Partei“ und „keine Partei“ ist das Vertrauensdefizit gegenüber den demokratischen Parteien damit jedoch keineswegs erledigt.

vor. Wichtiger jedoch ist die Tatsache, daß beide Gebilde (Ex-DDR und Alt-BRD) 1994 gegenüber 1992 ungünstiger beurteilt werden (ein Prozeß der Delegitimierung, mindestens der Distanzierung).

Es spricht in unseren Jugendbefragungen aber wenig dafür, daß - wie oft vermutet - der Rechtsradikalismus insgesamt gewachsen sei bzw. weiterwachsen; der Nations- wie der Europabegriff erscheint im wesentlichen als stabil, so auch die Haltung zu Einwanderung und Polizeibefugnissen.¹³ Leider jedoch hat sich - das ist aus anderen Quellen allgemein bekannt - die *Gewaltausübung* von sehr kleinen Minderheiten verschärft; vor allem erscheint die *sozialökonomische und sozialpsychologische Basis* (z. B. mentale Verunsicherung durch Massenarbeitslosigkeit, politische Lähmung) weiter verfestigt.

Weder die deutliche Ablehnung von rechtsextremistischen Positionen bei der Mehrheit der Jugend noch die Existenz einer fremdenfeindlich-gewaltbereiten Minderheit sind ein deutsches Spezifikum. Die Lage ist offenbar nicht nur in wohlhabenden, schon lange marktwirtschaftlich und parlamentarisch-demokratisch organisierten Ländern (wie Frankreich und England) ähnlich, sondern auch in stark verwestlichten, materiell relativ armen „post-sozialistischen“ Industriegesellschaften (wie Polen und Tschechien). Das Problem eines jugendlichen Rechtsextremismus bleibt damit groß und schwierig genug - es hat aber wenig Nationsspezifisches und hängt auch nicht direkt mit der andauernden Nachgeschichte oder der unzureichenden Verarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland zusammen.

Fundamentalistische Migrantenjugend?

Eine Zufallsauswahl von Neuntkläßlern enthält automatisch auch eine Zufallsauswahl von Migrantenkindern, unter denen die türkischen die größte Gruppe bilden.¹⁴ Zu den besonderen Vorteilen der europäischen Studie gehört es, daß Jugendliche in dieser Minoritätensituation mit anderen entsprechenden Minderheiten (z. B. muslimischen Kindern in Frankreich und Skandinavien) verglichen werden können - wenn auch aus statistischen Gründen die Signifikanzschwellen, d. h. die Voraussetzungen für sichere Aussagen, ziemlich hoch liegen.

Eine umfassende Analyse ist an dieser Stelle unmöglich; es muß genügen, zu betonen, daß z. B. die politisch-historischen Einstellungen der muslimischen Jugendlichen in Frankreich, Deutschland und Skandinavien sich in

13 Vgl. Bornes, Bodo v. und Körber, Andreas: Jugendliches Geschichtsbewußtsein im zeitgeschichtlichen Prozeß - Konstanz und Wandel. Eine Stabilitätsmessung (...) 1992 und 1994, in: Rösen, Jörn (Hrsg.): *Psychologie der Geschichte*, Köln (Böhlau) 1997/98 (angenommen).

14 Dennoch ist der Anteil der befragten Kinder ohne deutschen Paß mit 8 Prozent (1 65 Fälle, korrekterweise fast ausschließlich in NRW und Süddeutschland) offenkundig zu niedrig abgebildet. Wahrscheinlich ist die Neigung, am Tage der angekündigten (von Kultusministerium, Schulleitung, Lehrperson, Eltern und Lernenden genehmigten) Befragung die Schule nicht zu besuchen, unter ausländischen Schüler(inne)n überdurchschnittlich groß gewesen - besonders im nicht ganz seltenen Falle unzureichender deutscher Sprachkenntnis und Lesefähigkeit. Wenigstens für die türkische Minderheit (48 Fälle) lassen sich gleichwohl Aussagen vertreten. Auch die Zahl muslimischer Befragter fällt mit 3.3 Prozent (69 Fälle) zwar zu gering aus, erlaubt aber einigermaßen sichere Schlüsse.

wichtigen Punkten ähneln - erst recht in ihren Abweichungen von den Mehrheitskulturen (hier festgemacht an der Zugehörigkeit zu christlichen Kirchen). Tatsächlich zeigen alle drei Gruppen deutlich einen niedrigeren sozialen Status und ein höheres religiöses Engagement. Ihre chronologischen Kenntnisse sind leicht unterdurchschnittlich (z. B. wegen der geringeren Sprachbeherrschung), aber ihr politisches Interesse ist eher überdurchschnittlich (u. a. aufgrund des Minderheitsstatus).

„Autoritärer Traditionalismus“, aber auch „fundamentaler Altruismus“, sind unter den jugendlichen Muslimen weit stärker ausgeprägt als in den Mehrheitskulturen der Gastgesellschaften; dafür fällt der offenbar typisch „moderne“ „konventionelle Pragmatismus“ etwas schwächer aus. Bezeichnend ist auch, daß die muslimischen Einwandererkinder jeweils den Schutz alter Bauwerke und die Erhaltung eines Kriegsdenkmals für den Zweiten Weltkrieg viel weniger befürworten als die christlichen Kinder aus der Mehrheit. Es handelt sich eben weder um „ihre“ Monumente noch um „ihren“ Weltkrieg.¹⁵

Die spezifische Minderheitssituation als eine belastende Art von „Außen-seitertum“ läßt sich in vergleichbarer Weise auch an den russischen Jugendlichen in Estland und Litauen nachweisen.¹⁶ Besonders massiv wird die Sonderstellung z. B. daran sichtbar, daß die Angehörigen der Minderheiten weit heftiger für die Einbürgerung aller Zuwanderer eintreten als die Angehörigen der „Staatsnation“; die Gründe dafür, nämlich die eigenen Interessen, liegen auf der Hand. Partiiell lassen sich sogar die Vorteile des Territorialprinzips („ius soli“) in Frankreich wie in Litauen gegenüber dem Abstammungsprinzip („ius sanguinis“) in Deutschland wie in Estland zeigen.

Eine kurze Spezialbetrachtung lohnt das Verhältnis der jugendlichen Türken in Deutschland („Deutschtürken“) zu den gleichaltrigen Türken einerseits und Deutschen andererseits.¹⁷ Unverkennbar gibt es in vielen Fragen (z. B. Assoziationen zu Epochen, die vermutlich in der Schule vermittelt werden, privatistische Werte) bereits eine weitgehende Anpassung an die Jugendkultur der Gastgesellschaft, während in anderen Zusammenhängen (z. B. Bedeutung der Religion und des eigenen Landes, d. h. der Nation) weitgehend die Maßstäbe der Herkunftsgesellschaft bewahrt werden.

Daneben schließlich zeigt sich ein Bereich ganz spezifischer Belastungen und Besonderheiten einer benachteiligten Minorität mit ethnischen, religiösen, sprachlichen und nicht zuletzt politischen Eigenarten. Dazu zählt eine - gegenüber Deutschen wie Türken - deutlich niedrigere Wertung von

15 Die Abstände schrumpfen allerdings, wenn man die muslimischen Migrantenkinder nicht mit allen Kindern der Mehrheitskultur, sondern nur mit den ihnen sozial besonders nahestehenden Gruppen (Unterschichten, nicht-gymnasiale Schulformen) vergleicht.

16 Teilweise gilt Entsprechendes auch für christliche Befragte in Palästina und im arabischen Israel (vgl. Angvik/v. Borries 1997, A227ft).

17 Vgl. Borries, Bodo v.: Jugendliche Türken, Deutsche und Deutsch-Türken. Empirische Befunde zum historisch-politischen Bewußtsein, in: Raisch, Herbert und Reese, Armin (Hrsg.): *Historia Didactica. Geschichts-didaktik heute*. Uwe Uffelman zum 60. Geburtstag, Idstein (Schulz-Kirchner) 1997, S. 15-30.

Denkmal- und Naturschutz. Außerdem sind die jungen Deutsch-Türken - abweichend von beiden Bezugsgruppen - eher gegen „nationale Souveränität“ und „Law-and-Order-Politik“, aber für die Einbürgerung „aller Migranten“. ¹⁸ Ihre Marginalisierung auf beiden Seiten trägt verständlicherweise auch dazu bei, daß sie die Demokratie besonders wenig „affirmativ“ betrachten, dafür aber „jedem einzelnen“ einen besonders großen Einfluß auf die Zukunft zusprechen. ¹⁹

In unserem Material gibt es - trotz des Mangels an Demokratievertrauen und der Stärke soziozentrischer Werte - jedoch keine starken Hinweise auf wirklich „fundamentalistische“ Überzeugungen der türkischen Jugendlichen in Deutschland. Das muß kein Widerspruch zu neueren empirischen Befunden in dieser Richtung ²⁰ sein, zumal sich gerade fundamentalistisch orientierte Jugendliche zu einem erhöhten Anteil der schulischen Befragung entzogen haben könnten. Dennoch sind die Ergebnisse eher ermutigend und weisen darauf hin, daß mindestens ein großer Teil der deutsch-türkischen Jugendlichen (noch) in einem gutwilligen Integrationsprozeß begriffen ist, der allerdings politisch unterstützt statt ausgebremsst werden müßte.

18 Als Mittelwerte ergeben sich: $M_{Türkei} = 0.18$, $M_{Westdtl} = 0.07$, $M_{Ostdtl} = -0.05$, $M_{Deutsch-Türkei} = 0.45$. Diese Angaben sind standardisiert ($M_{Gesamt} = 0.00$, $StDevQ^{,,,,,} = 1.00$).

19 Die standardisierten Werte für „Affirmation von Demokratie“ betragen: $M_{Türkei} = -0.10$, $M_{Westdü} = -0.21$, $M_{Ostdü} = -0.28$, $M_{Deutsch-Türkei} = -0.62$. die absoluten für „Zukunftseinfluß jedes einzelnen“ lauten: $M_{Türkei} = 2.86$, $M_{Westdtl} = 3.10$, $M_{Ostdtl} = 3.08$, $M_{Deutsch-Türken} = 3.57$.

20 Vgl. Heitmeyer, Wilhelm u. a.: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1997.